

Für einen Politikwechsel 3
DIE LINKE wählen

Überraschungsgast Bisky 4
In der Gorkistraße

Die Eine geht, der Andere kommt ...

Reinickendorf auf gutem Weg?/ Interview mit Yusuf Dogan: Was sich ändern muss

Frau Wanjura hat den Regierenden Bürgermeister aus gesundheitlichen Gründen um vorzeitige Versetzung in den Ruhestand gebeten. Inzwischen wurde seitens der CDU Frank Balzer als Nachfolger nominiert. WiR sprach mit dem Vorsitzenden der Reinickendorfer LINKEN, Yusuf Dogan.

Yusuf, im Songtext heißt es: „Neue Männer braucht das Land“. Braucht Reinickendorf einen „neuen Mann“?

Es ist in der Politik wie im Leben: Ein Jegliches hat seine Zeit. Nach 14 Jahren mit Frau Wanjura als Bürgermeisterin, der längst der Glorienschein verloren gegangen ist, hat unser Bezirk in der Tat etwas Neues verdient. Zu Frank Balzer würde mir im Höchstfall einfallen: „Neue Besen kehren gut - hoffentlich“.

Wird er als „Neuer“ auch neue Ideen einbringen oder das „System Wanjura“ weiterführen?

Nun, bisher ist Frank Balzer nicht als konservativer Visionär aufgefallen. Ich erwarte eher eine Kontinuität in dem Sinne, dass weiterhin die politischen Interessen und Anmaßungen der CDU als selbst ernannter Reinickendorf-Partei auf das praktische Verwaltungshandeln des Bezirksamtes übertragen werden. Alles andere würde mich überraschen. Frank Balzer sieht „das Haus Reinickendorf“ als „sehr gut geordnet“ und unseren Bezirk „auf einem guten Weg“, den er weitergehen möchte. Vielleicht wird das künftig mit weniger Knallbonbons, Chlorodont-Lächeln und Konfetti erfolgen. Das wäre sicher zu wenig.

Welche Aufgaben stellen sich aus Sicht der LINKEN?

In erster Linie wären Handlungsbedarfe in Sachen Klima-, Umwelt- und Naturschutz zu nennen. Keine noch so kleine soziale oder kommunale Einheit kommt an der epochalen ökologischen Krise vorbei. Das muss auch auf kleinster politischer- und Verwaltungsebene Chefsache sein – oder halt werden.

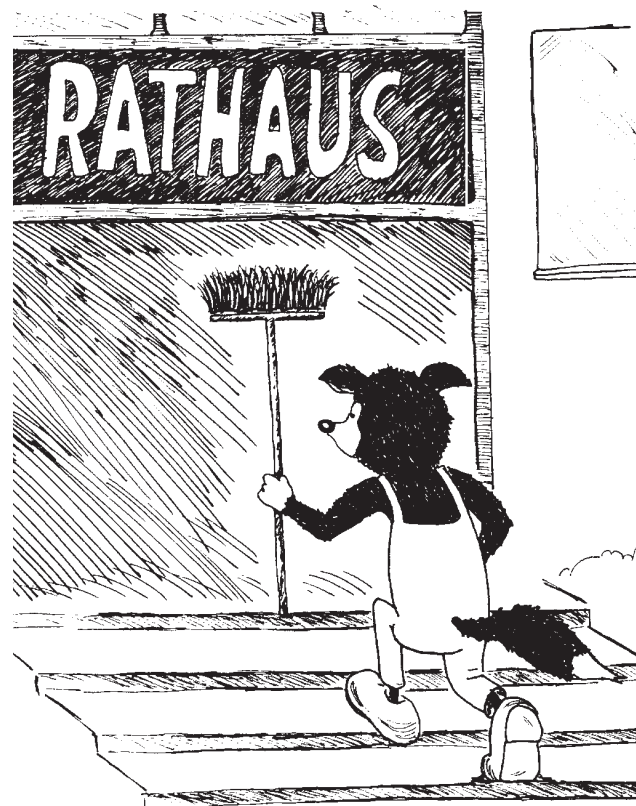
Steht DIE LINKE nicht zuerst für soziale Gerechtigkeit?

Umwelt- und Sozialpolitik stellen sich doch spätestens heute als zwei Seiten einer Medaille dar. Die beste Umweltpolitik ist eine gerechte und eine steuernde Sozialpolitik und umgekehrt.

Was heißt das konkret?

Die klaffende Schere zwischen Arm und Reich ist auch in unserem Bezirk nicht einfach „wegzuwünschen“. Dazu hat die ganz und gar unchristliche Ausgrenzungspolitik von Herrn Balzer als Sozialstadtrat, insbesondere seine Jagd auf „Sozialbetrüger“, nicht wenig beigetragen. Reinickendorf hat inzwischen wieder ca. 15 000 registrierte Erwerbslose und ist damit auf den achten Platz unter den Berliner Bezirken zurückgefallen. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise - für mich eine Systemkrise - macht um Reinickendorf keinen Bogen, wird in Tegel in Gestalt der drohenden Schließung von Hertie und Woolworth und im Baustopp auf der Insel im Tegeler Hafen ganz konkret.

Herr Balzer möchte, dass sich Jeder in Reinickendorf wohl fühlt.



Dazu rechnet er „Aspekte wie Sicherheit, soziale als auch innere... Aber auch die Pflege des öffentlichen Raums - also Grün-, Sportanlagen und Spielplätze“. Das ist doch nicht schlecht?

Richtig. Damit das keine frommen Wünsche bleiben, müsste die Politik sich ändern - die „große“ und die „kleine“. Die Folgen der Krise dürfen nicht auf die Belegschaften von Hertie und Woolworth abgewälzt werden, nicht auf uns Käuferinnen und Käufer, denen nach der Wahl eine Erhöhung der Mehrwertsteuer droht, nicht auf die Arbeitnehmer bei OTIS und Borsig, nicht

**Registrierte
Erwerbslose in
Reinickendorf**

**Mai 2008:
absolut 14 243
in Prozent 14,1**

**Mai 2009:
absolut 14 611
in Prozent 15,3**

Fortsetzung auf Seite 2

Die Eine geht, der Andere kommt ...

Fortsetzung des Interviews mit Yusuf Drogan

auf die kleinen und mittleren Unternehmen in der Holzhauser Straße und anderswo, nicht auf Hartz-IV-Empfänger und Angestellte im JobCenter in der Mirastraße, nicht auf die Rentnerinnen und Rentner, nicht auf die Kleingärtner in Borsigwalde und die Mieter in den bald sanierten Wohnungen im Märkischen Viertel, nicht auf die Azubis und Studenten, nicht auf die Sportler in den Reinickendorfer Sportvereinen, nicht auf Kranke und Pflegebedürftige, nicht auf alleinstehende Mütter und Väter, nicht auf die Kinder und noch viele andere. Die Politik müsste die Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse bitten. Aber das will die CDU, das wollte Frau Wanjura, das will Herr Balzer, das wollen auch einige andere nicht.

Das wäre ja eher eine Aufgabe der Bundespolitik?

Sicher, aber auch in Reinickendorf ist das soziale Gefälle von Nord nach Süd, von West nach Ost erkennbar und wird größer. Hier müssen auf politischer- und Verwaltungsebene Prioritäten gesetzt werden.

In Berlin wird endlich über eine vernünftige ökologische und soziale Nachnutzung des Flughafens Tegel nachgedacht. Müsste das nicht auch für den designierten Bürgermeister unseres Bezirkes Priorität erhalten?

Die CDU „mauert“ nicht länger, unterbreitet auf Landesebene eigene Vorschläge. Was macht unser Noch-Baustadtrat? Herr Balzer will - wie er sagt - „nicht jeden Morgen eine dumme Sau durchs Dorf treiben“. Vor drei Jahren wurde das Bezirksamt von der BVV ersucht, eigene Vorschläge zu unterbreiten und diese mit den Bürgern zu beraten. Frau Wanjura wollte nicht, und Herr Balzer traute sich nicht. Resultat dieser Arbeitsverweigerung: Null. Beschämend.

Hier hätte Herr Balzer alle Chancen, einen eigenen „Pflock“ einzuschlagen. Allein, mir fehlt der Glaube.

Reinickendorf also doch nicht auf gutem Weg?

Längst nicht. Die CDU muss begreifen lernen, dass ihr Reinickendorf nicht gehört. Reinickendorf kann mehr, als bloß als politische Spielwiese für die Ambitionen von Herrn Steffel & Co. zu dienen.

BVV-Splitter

30. Sitzung, 13.5.2009

Das Wichtigste kommt nicht mehr dran: Tagesordnungspunkt (TOP) 7.2 - eine Vorlage des Bezirksamtes (BA) zur Kenntnisnahme über die „**Änderung der Verteilung der Geschäftsbereiche der Bezirksamtsmitglieder**“ (Drs.-Nr. 0855/XVIII):

„Das Bezirksamt hat ... folgendes beschlossen: Mit Wirkung vom 6. Mai 2009 wird die Zuständigkeit für den Bereich Finanzen: (Haushaltsservice, Bezirkskasse, Finanz- und Kostencontrolling) aus der Abteilung Wirtschaft, Finanzen und Personal in die Abteilung Bauwesen und Sport verlagert.“

Im Klartext: Frank Balzer (CDU) übernimmt das Finanzressort von Frau Wanjura, die lt. BVV-Vorsteher Pohl (CDU) weiterhin krank geschrieben ist. Die CDU-Mehrheit im BA hat so dafür gesorgt, dass in Abwesenheit der Bezirksbürgermeisterin ihr Stellvertreter Peter Senftleben (SPD) als Vertreter im Amt keinen größeren Einfluss auf die bevorstehenden Entscheidungen zum Doppelhaushalt 2010/2011 erhält. (Wie die darauf folgenden Ereignisse zeigen, ist das der erste Schritt zur Nachfolgeregelung im BA.)

„**Nachnutzungskonzept für den Flughafen Tegel**“ (Drs.-Nr. :1415/XVIII, vgl. „WiR“ 3-2009)

„Er hätte, er wollte nicht,“ verteidigt Dr. Potrafke (CDU) die „Arbeitsverweigerung“ von Baustadtrat Balzer, einen drei Jahre alten BVV-Beschluss zu erfüllen und Überlegungen des BA zur Nachnutzung des Flughafens für einen Dialog mit den Bürgern vorzulegen. Balzer erscheint verspätet zu dem TOP, lobt die konzeptionelle Arbeit der Senatsverwaltung („sehr ordentlich“), hält es für unsinnig, „jeden Morgen eine dumme Sau durchs Dorf zu treiben“ - und verlässt den Saal wieder.

„**Wie weiter auf den Tegeler Inseln?**“ (Drs.-Nr.: 0816/XVIII)

Frank Balzer beantwortet die Große Anfrage der Grünen: zur NEB-(Niederbarnimer Eisenbahn-)Insel werde im 2. Quartal 2009 (*geht bis 30.6.*) ein abschließender Bauantrag erwartet. Die Arbeiten auf der Hafensinsel seien laut Aussagen des Bauherren witterungsbedingt unterbrochen worden, würden im Mai/Juni wieder aufgenommen. Das BA könne nicht eingreifen, wenn vorübergehend nicht gebaut werde. Die Fraktionen begnügen sich mit dem „Prinzip Hoffnung“. *F. Wilhelm*

Auf den Weg

Der CDU-Rundbrief für April-Mai 2002 veröffentlichte folgendes **Literarische Fundstück**, aufgespürt und eingereicht von Joachim Wanjura.

Nein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister!
Nun, da er's ist, wird er nur täglich dreister,
Und für die Stadt, was tut denn er?
Wird er nicht alle Tage schlimmer?
Gehorchen soll man mehr als immer,
Und zahlen mehr als je vorher.

Aus: Goethe, Faust 1

Dokumentiert

„**Bezirksamt und NPD-Parteitag - das war kein Heldenstück!**“

Minilog, die Zeitung der ver.di-Betriebsgruppe beim Bezirksamt Reinickendorf, zieht in ihrer Ausgabe 1/2009 folgendes Fazit:

„Abschließend drängt sich die Frage auf: Was hat das Bezirksamt in der Zeit seit dem letzten Parteitag der NPD im Jahre 2007 getan? Wir haben den Eindruck, gar nichts oder zu wenig. Es hat den Anschein, als ob das Rad neu erfunden wer-

den müsste. Kein vorbereiteter Plan, wie mit dieser absehbaren Situation umzugehen war. Aber auch sonst sind keine kreativen Ideen aus dem Bezirksamt in dieser Hinsicht bekannt geworden; offensichtlich hatte man sich dort nur auf den verwaltungsrechtlichen Weg verlassen und der war, wie wir heute wissen, nicht erfolgreich.“

Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter:

www.die.linke.reinickendorf.de/kommunales/

Für einen Politikwechsel: DIE LINKE wählen

von Felix Lederle

3

Der LINKEN wird von ihren Kritikern gerne Inhaltsleere vorgeworfen. Allerdings haben die SPD und die Grünen und sogar die CDU vor dem Hintergrund der Krise tüchtig Positionen der LINKEN aufgegriffen. Links wirkt auch aus der Opposition. Der „Linksruck“ von SPD und Grünen im Superwahljahr wird aber symbolisch bleiben, wenn DIE LINKE nicht noch an Stärke gewinnt.

Die von der LINKEN übernommenen Wahlkampforderungen von SPD und Grünen nach einem flächendeckenden Mindestlohn und einer Börsenumsatzsteuer würden sich beispielsweise jederzeit gemeinsam im Bundestag beschließen lassen. Hierzu ist die SPD aber (noch) nicht bereit. Sie hat im letzten Jahr sogar gegen den flächendeckenden Mindestlohn abgestimmt.

Von 1998 bis 2005 wurde das Land von einer rot-grünen Koalition mit dem Anspruch regiert, einen linken Politikwechsel einzuleiten. Seit über zehn Jahren trägt die SPD Regierungsverantwortung im Bund. In diesem Zeitraum ist das Volkseinkommen bzw. der Reichtum des Exportweltmeisters Deutschland um über ein Viertel gestiegen. Die Reallohne hingegen sanken, Deutschland wurde zum Lohndrücker in Europa. Mit der rot-grünen Hartz-Gesetzgebung wurde und wird regulä-

Die Kardinalfrage im nächsten Bundestag: Wer zahlt für die Krise?

re Beschäftigung durch Niedriglohnarbeit verdrängt, die mittlerweile über ein Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse ausmacht. Die Rekordgewinne der Kapitalgesellschaften wurden unter Rot-Grün steuerfrei gestellt, der Spitzensteuersatz deutlich gesenkt, während der Sozialstaat geschliffen wurde. Diese Politik der Umverteilung von unten nach oben wurde von der Großen Koalition fortgesetzt. Die Zahl der Vermögensmillionäre hat sich auf 800.000 verdoppelt, während mittlerweile jeder Vierte arm oder von Armut bedroht ist. Betroffen sind insbesondere Alleinerziehende und Kinder. Diese Politik stört den sozialen Frieden und schwächt natürlich das Vertrauen in die Demokratie.

DIE LINKE bezieht Position: Eine Vermögensabgabe ist unausweichlich, soll verhindern, dass Normalverdiener und sozial Schwache die Rechnung begleichen müssen. Dies ist keine Frage von Neid, sondern von Verantwortung. DIE LINKE (und viele Mitglieder der SPD) fordert eine Millionärssteuer in dem Sinne, dass Privatvermögen von über einer Million Euro zeitweise mit fünf Prozent besteuert werden. Die Lernprozesse in der SPD und bei den Grünen haben erst begonnen.

Widersprüchlich agiert auch der SPD-Direktkandidat im Bezirk, Jörg

Stroedter. Er heißt einerseits die gegen den Widerstand der SPD durchgesetzte Erfolge der Berliner LINKEN in Regierungsverantwortung gut - beispielsweise die Einführung des Sozialtickets, des Schulstarterpaketes oder die Verhinderung von Privatisierungen öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften. Andererseits steht er aber in der Tradition der Hartz-SPD, befürwortet eine weitere Absenkung der Sozialabgaben



und lehnt die Reduzierung des Einkommenssteuersatzes ab.

Wer einen Politikwechsel, mehr soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik und eine Demokratisierung der Wirtschaft für richtig hält, wer dazu beitragen möchte, SPD und Grüne politisch weiter nach links zu schieben, sollte am 27. September DIE LINKE wählen.

Felix Lederle, Wahlkreis kandidat der LINKEN zum Bundestag bei der Gewerkschaftskundgebung am 16. Mai 2009

Foto: Uwe Stümke

Linke zum Gespräch bei Borsig

Borsig-Geschäftsführer: Keine Begeisterung für Millionärssteuer, aber Bemühungen der Regierung um die Regulierung der Finanzmärkte sind halbherzig

Am 27. Mai besuchte der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Stefan Liebich, gemeinsam

mit dem Bezirksvorsitzenden der LINKEN, Yusuf Dogan, und dem Direktkandidaten für die Wahlen zum Bundestag, Felix Lederle, den Borsig-Geschäftsführer, Konrad Nassauer. Ziel war es, sich vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise aus erster Hand über die Lage bei dem Berliner Traditionsunternehmen zu informieren.

Konrad Nassauer berichtete, dass Borsig die damalige Insolvenz trotz Wirtschaftskrise bislang erfreulich gut überstanden hat.

Als Voraussetzung für einen erfolgreichen Fortbestand der neuen Borsig GmbH erwies sich in der Folgezeit der Ausbau des Borsighafens als Industriehafen für schwere Last-

transporte, für den sich Wirtschaftsminister Harald Wolf, DIE LINKE, unter dem Gesichtspunkt des Erhalts von Industriearbeitsplätzen 2007 erfolgreich stark gemacht hat.

Nach der Vereinbarung, im Kontakt bleiben zu wollen, wurden bundespolitische Themen diskutiert. Die angesichts der Kosten der Wirtschaftskrise dringend notwendige Forderung der LINKEN nach einer Millionärsabgabe löste bei dem Borsig-Geschäftsführer keine Begeisterungstürme aus. Einigkeit bestand dahingehend, dass die Bemühungen der Bundesregierung um eine Regulierung der Finanzmärkte halbherzig sind.

K.L.

Der Überraschungsgast

Das Landeswahlbüro hatte beschlossen: unsere Kandidaten für Europa gehen in den beiden letzten Wochen vor der Wahl auf Tour durch die Bezirke. Reinickendorf war mit vorgesehen. Als es konkret wurde, fand zunächst keine/r der Berliner Kandidaten Zeit für unseren Bezirk. Martina Michels hatte einen anderen unaufschiebbaren Termin. Es sei denn ... Zwei Tage später erfolgte die Zusage: Lothar Bisky kommt. Dienstag



Martina Michels und Lothar Bisky in der Tegeler Gorkistraße

Foto: J. Schimrock

tag beim Wahlkampfauftakt in Köln, Mittwoch in Tegel, Donnerstag woanders, usw. - eine anstrengende Zeit für unseren Spitzenkandidaten. Überall gewichtige Reden, Gespräche mit den Bürgern, Interviews - allein in Tegel mit zwei Fernsehteams.

In der Gorkistraße geht es locker zu. Das Wetter spielt mit. Live-Musik des TIN ALLEY JAZZ QUARTETT sorgt für gute Stimmung. Die Bänke ringsum sind besetzt. Mitglieder der Reinickendorfer LINKEN verteilen

Wahlmaterial, darunter unser Blättchen. Mancher der Einkaufenden oder bloß Bummelnden bleibt stehen, als Lothar Bisky herantritt. Sie kennen ihn vom Wahlplakat, wo er für Vernunft wirbt. Wurde es deshalb an der Kreuzung Karolinenstr./Waidmannsluster Damm mehrfach zerfletert?

Lothar Bisky hat überzeugende Argumente und weiß sie zu vermitteln. Die LINKE verfolgt eine konsequent soziale Politik vor Ort und in ganz Europa. Direkt neben Hertie stehend, fordert er einen Schutzschirm für die um ihre Arbeitsplätze kämpfende Belegschaft des Kaufhauses. Europa soll ein Europa der Menschen, nicht der Banken werden. Dafür will der Parteivorsitzende der Europäischen Linkspartei im Europaparlament wirken.

PS:

Nun ist es für einen Bezirksverband der LINKEN nichts Alltägliches, den Parteivorsitzenden zu Gast zu haben. Yusuf Dogan, unser Bezirksvorsitzender, lässt nicht locker und lädt ihn in den Roten Laden ein. So ergibt sich die Gelegenheit, „ohne Tagesordnung“ über dies und jenes im Wahlkampf und in der Partei zu reden.

Klaus Gloede

Dank unseren Wählern und Wahlhelfern

Der Bezirksvorstand der Reinickendorfer LINKEN hat sich mit den Ergebnissen der Wahlen zum Europaparlament beschäftigt. DIE LINKE im Bezirk hat wieder zugelegt, Dank an alle Wählerinnen und Wähler.

Die Reinickendorfer Ergebnisse: Die Wahlbeteiligung lag bei 37,2 Prozent. Die LINKE erreichte 4,2 Prozent und legte gegenüber 2004 um 1,4 Prozent zu.

Mit dem Beratungsbus vor dem JobCenter

Der Beratungsbus des Berliner Arbeitslosenzentrums evangelischer Kirchenkreise wird am Montag, dem 22. Juni, und Dienstag, dem 23. Juni vor dem JobCenter Reinickendorf Station machen und kompetente Ratgeber mitbringen.

Hintergrund sind die nicht abreißen Beschwerten von Hartz-IV-Empfängern über die unzureichende Beratung bei den JobCentern.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de

Am Rande Soll ich oder soll ich nicht?

Wir hat dieser Tage ein bisschen Mäuschen gespielt. Was sehen unsere scharfen Augen? Der Postbote hat einen Brief von den Reinickendorfer Grauen gebracht. Bei Marlies in der Artemisstraße raucht nun der Kopf: Was soll ich bloß antworten? Man kennt das ja von Humboldt bis Bosetzki: Überall Papier, Papier zerknüllt auf dem Schreibtisch, auf dem Teppichboden - übrigens ein Geschenk einer bekannten mittelständischen Firma.

„Lieber Nobbi,

ich bin tief gerührt. Schon lange habe ich selbst in meiner Umgebung nicht mehr solche ergreifenden Worte vernommen. Du - ich darf doch Du sagen - weißt Leistung eben zu schätzen. Es bewahrheitet sich wieder: Adel versteht sich. Deine Bemerkung, ich hätte die Partei der Grauen nach vorn getrieben, ehrt mich sehr. Andererseits hat mir Euer Versprechen, 100 Prozent Ehrlichkeit zu garantieren, selbst immer als leuchtender Stern vorangeschwebt. Eine kleine Frage sei mir dennoch gestattet: Warum wollt Ihr dem Bezirk „neuen Glanz verschaffen“? Wir stehen doch in Berlin „ganz oben“!!

Ich freue mich, dass Du es nicht übel genommen hast, das mein Freund und Genosse Frank die Grauen Panther einst als „Wählerfänger“ und „Möchtegern-Partei“ titulierte und vor jeglicher Anbiederung gewarnt hat. Dieser Beschluss unserer Jahreshauptversammlung gilt noch immer. Wie Du siehst, habe ich formale Probleme, von Deinem Angebot Gebrauch zu machen, Asyl in Deinem Verein zu suchen. Ich habe auch ein bisschen Angst vor der Pantherkrallen.

Was ich versprechen kann: Wenn ich dann mehr Zeit habe, komme ich mal auf ein Bier ins „Kastanienwäldchen“. Aber nur wenn dort nicht geraucht wird! Bis bald.

Deine quirlige Marlies“

f.d.R. Reineke F.

Termine

DIE LINKE Reinickendorf lädt an jedem **1. Donnerstag im Monat**, ab 11 Uhr, zum **Sozial-Brunch** in den Roten Laden ein.

In zwanglosem Ambiente möchten wir Alltagsprobleme, aber auch politische Fragen diskutieren. Kinder sind natürlich willkommen.